




## KURTH: Stasi-Unterlagen-Behörde weiterhin unverzichtbar für DDR-Aufarbeitung

KURTH: Stasi-Unterlagen-Behörde weiterhin unverzichtbar für DDR-Aufarbeitung  
Zu den jüngsten Forderungen nach einem Ende der Stasiunterlagenbehörde erklärt der Berichterstatter der FDP-Bundestagsfraktion für die Aufarbeitung des SED-Unrechts Patrick KURTH: Die Stasi-Unterlagen-Behörde ist weiterhin ein unverzichtbarer Anker bei der Aufarbeitung des SED-Unrechts. Spekulationen über ein Ende der Behörde sind gerade gegenüber den DDR-Opfern ein falsches politisches Signal und angesichts des immer noch großen Akteninteresses realitätsfremd. Viele Betroffene suchen auch nach großem zeitlichem Abstand Gewissheit über die eigene Biographie. In den anstehenden Jubiläumsjahren zu 25 Jahren Mauerfall und Deutscher Einheit ist mit einer erneuten Zunahme der Antragszahlen zu rechnen. Ein Ende der Aufarbeitung darf und wird es daher noch lange nicht geben.  
Um die Akteneinsicht über das Jahr 2019 hinaus sicherzustellen befürwortet es die FDP-Bundestagsfraktion, in der kommenden Wahlperiode eine Perspektivkommission zur Zukunft der Stasi-Unterlagen-Behörde einzusetzen. Eines steht für die FDP aber fest: Der Aktenzugang darf sich in keinem Fall verschlechtern. Bereits mit der gegen erheblichen Oppositionswiderstand durchgesetzten Verlängerung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes hat die christlich-liberale Koalition den Zugang zu den Stasi-Akten in vielen Punkten erleichtert. Dieser Weg muss fortgesetzt werden.  
Unter dem von der schwarz-gelben Koalition gewählten Bundesbeauftragten Roland Jahn ist die Arbeit der Stasi-Unterlagen-Behörde in den letzten Jahren erheblich verbessert und zukunftsfest gemacht worden. Nicht nur setzt sie Behörde in Sachen MfS-Forschung zum Einfluss von SED und Stasi in Westdeutschland die richtigen Akzente. Auch die Vermittlungsarbeit der Behörde hat sich sehr positiv entwickelt - insbesondere gegenüber der jungen Generation. Mit steigenden Zahlen an Schülerseminaren und Projekttagen in Schulen leistet der BSTU einen wichtigen Beitrag, um gerade junge Menschen anhand der Diktaturgeschichte Deutschlands weiter für den Wert von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit zu sensibilisieren. Dies muss auch für die Zukunft sichergestellt und mit modernen Vermittlungsformen weiter intensiviert werden. Die FDP-Bundestagsfraktion unterstützt daher die Überlegungen des Bundesbeauftragten, das Stasi-Areal in der Berliner Normannenstraße zu einem "Campus für Demokratie" weiter zu entwickeln.  
Die FDP-Fraktion setzt sich weiter mit Nachdruck dafür ein, dass wir bei der Aufarbeitung nicht nachlassen und den erfolgreichen Weg weiter beschreiten. Schlussstrich und Vergessen wird es mit uns nicht geben.  
Freie Demokratische Partei (FDP)  
Thomas-Dehler-Haus,  
Reinhardtstrasse 14  
10117 Berlin  
Deutschland  
Telefon: 030-288772-0  
Telefax: 030-288772-22  
Mail: redaktion@liberale.de  
URL: <http://www.fdp.de>  [http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n\\_pinr\\_=540355](http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=540355) width="1" height="1">

### Pressekontakt

Freie Demokratische Partei (FDP)

10117 Berlin

fdp.de  
redaktion@liberale.de

### Firmenkontakt

Freie Demokratische Partei (FDP)

10117 Berlin

fdp.de  
redaktion@liberale.de

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichte Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitlich-staatliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.